An alle Haushalte mit Tagespost

ZEIT FÜR GRÜN

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

DEZEMBER 2016

Bündnis 90/Die Grünen zu aktuellen Themen

Sehr geehrte Damen und Herren,

Auch im Jahr 2016 gab es viele Entscheidungen im Rathaus, die unmittelbare Auswirkungen auf die Bürger*innen von Alfter haben. Im Gemeinderat ist die Aufteilung der Fraktionsmitglieder wie folgt: CDU 16, Bündnis 90/Die Grünen 8, SPD 7, FREIE WÄHLER 4, FDP 3 und die UWG 2. Der Bürgermeister ist im Rat ebenfalls stimmberechtigt, so dass es 41 Stimmberechtigte gibt. Für eine Mehrheit sind also mindestens 21 Stimmen erforderlich. Es gibt keine Koalition. Bei manchen Vorschlägen tun sich Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FREIE WÄHLER und FDP zusammen, um eine Mehrheit zu organisieren. Manchmal stellen Grüne und CDU zusammen gemeinsame Anträge, zum Beispiel zum öffentlichen Nahverkehr. Wir möchten einige Aktivitäten des Rates im ABC „Aus dem Rathaus“ vorstellen.

Mit Blick auf 2017 stehen Wahlen für den Bundestag und den Landtag NRW an. Ich hoffe, dass der in vielen europäischen Nachbarländern und in Deutschland schwelende Rechtsruck sich nicht fortsetzen wird. Einen Teilaspekt beleuchtet der Artikel „Mehr Bürgerbeteiligung – ein Mittel gegen Populismus?“.

Ich möchte meine langjährige politische Erfahrung einbringen und kandidiere als Direktkandidat für den Landtag, auch um meinen Beitrag gegen rückwärtsgewandte und für eine moderne und ökologische Politik in NRW zu leisten. Das Land braucht Modernisierer und Begleiter und keine „Schlechtreder“. Das Landtagsprogramm der Grünen ist mit vielen Themen beschlossen. Der OV Alfter hat sich mit der Grünen Jugend für den ticketlosen öffentlichen Nahverkehr eingesetzt. Dazu mehr in dieser Zeitung.

Ich wünsche viel Spaß bei der Lektüre unsere Zeitung. Ihnen allen eine schöne Weihnachtszeit und einen guten Übergang in 2017.

Wilhelm Windhuis

Bericht aus dem Rathaus

„Am Steinling“/ Gielsdorf

Der Ausschuss für Gemeindeentwicklung spricht sich gegen die Entwicklung des Plangebietes „Am Steinling“, Ortsteil Gielsdorf aus. Es gab zwei konkurrierende Bürgeranträge, einen für die Bebauung und einen dagegen. Die Grünen haben sich von Anfang an gegen eine weitere Bebauung ausgesprochen

Birrekoven

Leider war es wegen fehlender Mehrheiten und möglicher Schadensersatzrisiken nicht gelungen, den Bebauungsplan 028 „Birrekoven“ aufzuheben. Die zukünftige Verkehrsbelastung, die mit Risiken verbundene Hangbebauung und die grundsätzlichen Probleme der Landschaftsversiegelung sprechen gegen eine Bebauung. Ein „städtebaulicher Vertrag“ mit den Eigentümern soll die Entwicklung des Baugebietes, die künftige Übertragung von Flächen für die Allgemeinheit an die Gemeinde und die Frage von Sicherheiten regeln. Über den Fortgang der nun über eineinhalb Jahre dauernden „nichtöffentlichen“ Angelegenheit ist nichts bekannt.

Breitbandausbau

Die Ausbaupläne sind inzwischen überwiegend verwirklicht, so dass wir im gesamten Gemeindegebiet mit 50 bis 100 Mbit versorgt sein werden, wenn man entsprechende Verträge abschließt. Im Einzelfall sollte das Gespräch mit Telekommunikationsanbietern geführt werden. Auch auf der Homepage der Gemeinde gibt es weitere Informationen.

Buschkauler Weg

Im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplans (FNP) in 2009 wurde im Bereich des Buschkauler Feldes eine Bebauung ausgewiesen. Wir als Grüne haben uns damals gegen die Ausweisung ausgesprochen, konnten allerdings wegen der politischen Mehrheiten nicht verhindern, dass die Aufnahme in den FNP beschlossen worden ist. Nun wurde der nächste Schritt vollzogen und aus dem FNP der B-Plan „Buschkauler Feld“ entworfen.

Dieser ist auf einem nicht ganz einfachen Weg: Das Areal in Witterschlick und dort in der Nachbarschaft des Gewerbegebietes, der neuen KiTa und des Sportplatzes bietet nach Vorstellung der Verwaltung Entwicklungsmöglichkeiten für ein Quartier, das unterschiedlichsten Wohnformen gerecht wird („bezahlbar, energieeffizient und generationengerecht“). Vor allem die Anwohner in den Straßen Am Gärtchen, Ramelshovener Straße und Buschkauler Weg sind betroffen. Inzwischen wurde die Fläche für Bebauung zwar reduziert. Aber Bedenken bleiben: Wegen der nicht plausiblen Verkehrsführung, der Entwässerungsproblematik und des Tonabbaus, der eine zusätzliche Belastung der Anwohner darstellt, weil er bis zu 100 Meter an ihre Grundstücke heranreichen soll. Das Bebauungsplanverfahren "Buschkauler Feld" hat mit dem Beschluss zur frühzeitigen Unterrichtung und Beteiligung der Öffentlichkeit sowie der Behörden und Träger öffentlicher Belange begonnen.

Unsere ablehnende Haltung aus 2009 bleibt im Grundsatz bestehen, aber als politisch Verantwortliche müssen wir berücksichtigen, dass der Rhein-Sieg-Kreis und somit auch und gerade die Gemeinde Alfter Zuzugsgebiet ist. Wir sind also angehalten, Wohnraum zu schaffen. Dazu sind wir Grüne mit Augenmaß auch bereit. Unsere Intention ist allerdings eine Binnenverdichtung und nicht, immer mehr in den Außenbereich zu gehen. Weiter fordern wir „bezahlbaren Wohnraum“ zu schaffen. Dies bedeutet, dass die neuen Baugebiete nicht ausschließlich aus Einzel-, Doppel- oder Reihenhäusern bestehen dürfen, sondern auch eine hohe Anzahl von Häusern im Geschossbau enthalten müssen. Diese sollten dann auch für ältere Menschen barrierefrei sein ggf. sogar mit Serviceangeboten. Insgesamt fordern wir aber eine intelligente Wohnraumpolitik.

Hier muss weiter im Plangebiet „Buschkauler Feld“ nachgearbeitet werden, da es uns nach wie vor zu groß ist. Bei dem Plan sind allerdings weitere Parameter nicht geklärt. Zur ungeklärten Verkehrssituation und Abwassersituation haben wir Gutachten eingefordert. Teile davon sind bereits vorhanden und können auf der Homepage der Gemeinde eingesehen werden.

Nun kommen erschwerend noch die Planungen der Firma Sibelko hinzu, den Tonabbau zu erweitern. Dies konterkariert ein wenig die Planungen der Gemeinde. Wer will schon in Sichtweite einer Tongrube bauen?

Bericht aus dem Rathaus

Châteauneufstraße: Bebauung/ Bürgerantrag

An der Châteauneufstraße soll endlich Wohnbebauung entstehen. Viele Anwohner und Nichtanwohner sprachen sich gegen einen nach ihrer Meinung zu hohen Anteil an gefördertem Wohnraum aus. Die Grünen haben sich als einzige Fraktion gegen die geforderte Begrenzung gewandt. Unser Fraktionsvorsitzender Wilhelm Windhuis gab für die Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen folgende Erklärung zum Abstimmungsverhalten zu Protokoll:

„Der Vorschlag (der Verwaltung) folgt dem Bürgerantrag, der einen maximalen Anteil von 30 % geförderten Wohnraums fordert. Damit fällt das Fördervolumen für bezahlbaren Wohnraum (Förderweg B) zu gering aus. Eine solche Begrenzung ist wissenschaftlich nicht untermauert und willkürlich. Gerade die Menschen werden ausgegrenzt, die bezahlbaren Wohnraum zwischen 6 € und 7 € pro m² nachsuchen. Das sind z. B. Arzt -und Apothekenhelfer*innen, Kindergärtner*innen, Rentner*innen oder junge Familien. Wenn weniger bezahlbarer Wohnraum zur Verfügung steht, muss mehr Wohngeld gezahlt werden. Dies ist widersinnig."

Zum anderen verstehen wir die Sorge insbesondere der Geschäftsleute und Dienstleister, dass es während der Bauarbeiten zu Problemen bei der Parkplatzsituation kommen kann. Hier setzen wir zum einen auf die Treue der Kunden und Kundinnen und ihre Bereitschaft ggfs. einen längeren Fußweg in Kauf zu nehmen, zum anderen aber auch auf die Auslotung von Möglichkeiten, Ersatzparkraum zu schaffen.

Den Grünen ist es wichtig, preisgünstigen Wohnraum mit guten Standards für nicht so gut verdienende Menschen zu schaffen. Leider ist es der Verwaltung bisher nicht gelungen, weitere angedachte Projekte zur Schaffung sozialer Wohnräume in der Gemeinde zu verwirklichen.

Eigentumserwerb der Gemeinde vor Inkraftsetzen von Bebauungsplänen

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, FREIE WÄHLER Alfter und FDP haben beantragt: Der Rat der Gemeinde Alfter beschließt, dass zukünftig Bebauungspläne nur dann in Kraft gesetzt werden, wenn durch zuvor geschlossene Options-Verträge mit den Eigentümern aller Grundstücke im Plangebiet, die nicht im Eigentum der Gemeinde oder einer Gesellschaft der Gemeinde sind, das Folgende geregelt ist: Die Gemeinde oder eine Gesellschaft der Gemeinde wird, wenn der Bebauungsplan rechtskräftig wird, Eigentümer der Grundstücke und die bisherigen Eigentümer erhalten dafür den zuvor im Vertrag festgelegten Preis.

Damit soll die zukünftige Entwicklung von Baugebieten der Allgemeinheit nutzen. Heute ist es vielfach so, dass sie der Allgemeinheit schadet. Um dies zu vermeiden, soll die Kommune als Zwischenerwerber auftreten. Die bisherigen Grundstückeigentümer erhalten einen Preis, der über dem Ackerlandwert, aber unter dem bisher gewohnten Preis für zukünftige Wohnbauflächen liegt. Die Kommune kann über die Wertsteigerung ihre Planungs- und Entwicklungskosten finanzieren und zum Teil auch die erforderlichen Infrastrukturen mitfinanzieren. Die Grünen hatten diese Überlegungen bereits im Rahmen der Planungen „Buschkauler Feld" ins Spiel gebracht.

Gemeinschaftshauptschule / Gesamtschule

Die Gemeinschaftshauptschule Alfter wurde zum Ende des Schuljahres 2015/16 (31.07.2016) aufgelöst. Alle Schüler*innen wurden auf den Schulen Ihrer Wahl in anderen Gemeinden zum Schuljahr 2016/17 aufgenommen.

Die Geschichte der Gründung einer Gesamtschule in Alfter ist lang, aber das Ziel nicht aufgegeben. Es wird weiter an der Dependance der Gesamtschule Rheinbach gearbeitet. Mit der Stadt Rheinbach besteht dazu eine Vereinbarung. Die Dependance könnte in der ehemaligen Gemeinschaftshauptschule in Alfter – Oedekoven errichtet werden.

Inzwischen wurde bestätigt, dass die Stadt Rheinbach an der getroffenen Vereinbarung zur Errichtung der Dependance der Gesamtschule Rheinbach in Alfter - Oedekoven, „nicht nur entsprechend dem Wortlaut sondern auch dem Geiste nach" festhalten will. Die Verwaltung wurde beauftragt, das Verfahren und den Zeitplan zur Errichtung einer Dependance mit der Stadt Rheinbach und der Bezirksregierung abzustimmen und zu präzisieren.

Daneben sind die Planungen für eine Freie Christliche Gesamtschule am Standort Klostergarten fortgeschritten. Sie mag ein zusätzliches Angebot zur Dependance der Gesamtschule Rheinbach im ehemaligen Hauptschulgebäude darstellen. Für den Besuch der Freien Christlichen Gesamtschule ist aber ein Schulgeld zu entrichten, der Besuch der Rheinbacher Dependance ist dagegen kostenfrei. Die Grünen befürworten daher eine staatliche Gesamtschule, ohne der Freien Christlichen Gesamtschule Steine in den Weg zu legen.

Grüner Weg / Bebauungsplan 018

Die Fraktionen Bündnis 90 / Die Grünen, SPD, FREIE WÄHLER Alfter und FDP haben beantragt: Der Bebauungsplan 018 Grüner Weg wird aufgehoben. Gleichzeitig wird eine Veränderungssperre zur Sicherung der Aufhebung erlassen. Der im Flächennutzungsplan (FNP) als Wohnbaufläche ausgewiesene Bereich südlich der Rheinbacher Straße in Heidgen wird aus dem FNP gestrichen. Die Verwaltung soll hierzu einen Arrondierungsvorschlag ausarbeiten. Denn: Der Bereich ist aufgrund der topografisch ungünstigen Lage nur mit unverhältnismäßig hohem finanziellen Aufwand abwassertechnisch zu erschließen. Auch die verkehrliche Erschließung mit einer Brücke über die Bahnlinie ist unverhältnismäßig aufwendig. Darüber hinaus ist es politischer Wille der beantragenden Fraktionen, die Flächen von Wohnbebauung frei zu halten.

Hangbusse

Seit gut einem Jahr haben wir Kleinbuslinien in Alfter. Lesen Sie zur Entwicklung den Artikel „Kleinbuslinie 882 ein voller Erfolg!"

Hangentlastungsstraße

Zuletzt im Jahr 2003 hatte die damalige Bürgermeisterin einen Vorstoß gemacht, den Bebauungsplan „Görreshof" zu entwickeln. Begründet wurde dies damit, dass die Gemeinde einen vom Rhein-Sieg-Kreis 1987 entwickelten Verkehrsplan zur Entlastung des Ortskerns Alfter übernommen habe, um auch den Durchgangsverkehr zu und von den Baugebieten am Hang besser auf die „übergeordneten" Straßen zu leiten. Im Bereich der Straße „Görreshof" in Richtung Friedhof auf den „Schmittlingsweg" und weiter über die „Appelallee" zur K5 (Roisdorfer Weg) sollte der nordwestliche Teil des „Netzkonzeptes" verwirklicht werden – zum Teil begleitet (und teilfinanziert) durch Wohnbebauung.

Die Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, FREIE WÄHLER Alfter und FDP haben beantragt, dieses Teilstück der sogenannten „Hangentlastungsstraße" aus dem Flächennutzungsplan (FNP) zu streichen. Diese Straße war und ist zur Verkehrsentlastung des Alfterer Ortskerns nicht geeignet. Die Freifläche zwischen Friedhof, Kirche und Schloss ist von besonderer Bedeutung für das Erscheinungsbild der Ortschaft Alfter. Die Fraktionen wollen dort auch keine Wohnbebauung. Da diese aber noch im FNP vorgesehenen ist, soll die Verwaltung einen geeigneten Vorschlag erarbeiten, so dass die Flächen von Straße und Wohn-bebauung frei gehalten werden.

Herrenwingert in Alfter-Ort

Mit der Umgestaltung des Herrenwingert soll insbesondere die Aufenthaltsqualität erhöht und die Zukunft der Geschäfte und Dienstleister*innen ortsnah gesichert werden. Es wurde ein Integriertes Städtebauliches Entwicklungskonzept (ISEK) in Auftrag gegeben, das die von der Politik erarbeiteten Vorschläge und die am 24.09.2015 beschlossenen Entwicklungsziele und Leitsätze einbeziehen soll. Wichtig ist den GRÜNEN, dass mit dem Landesbüro für altengerechte Quartiere.NRW auch das Thema „Erneuerung des Alfterer Ortszentrums – inklusiv und altengerecht" diskutiert wurde. Die Verwaltung wurde beauftragt, ein Planungsbüro einzuschalten. Die beschlossenen Bürgerbeteiligungen haben noch nicht stattgefunden. Leider gab es in der Verwaltung seit einem Jahr keine weiteren Fortschritte. Man widmet sich offenbar anderen Themen. Allerdings hatten die Grünen eine Veranstaltung zur Umgestaltung des Herrenwingert abgehalten. Das Ergebnis dieser Veranstaltung können Sie auf unserer Homepage: http://gruene-alfter.de/ einsehen.

Impekoven Dorfplatz / Kindertagesstätte

An der Stelle des bisherigen Kindergartens in der Engelsgasse soll eine neue zweigruppige Kita mit U3-Betreuung errichtet werden.

Der Architektenwettbewerb für das neue Kita-Gebäude an der Engelsgasse ist entschieden. Nach Auffassung des Bürgermeisters ist der Fertigstellungstermin Anfang 2018. Die Bürger*innen haben sich bei der Frage der Dorfplatzgestaltung eingebracht. Es gestaltet sich derzeit noch schwierig, die Bedürfnisse der Bürger*innen an einem täglich zu nutzenden Dorfplatz mit den Bedürfnissen der örtlichen Vereine nach freiem Platz für Feste zu vereinbaren. Die Grünen meinen, dass dem Platz eine gewisse Aufenthaltsqualität gut tun würde.

"Integratives Wohnen am Görresbach"

Auf dem rund 17.000 Quadratmeter großen Grundstück zwischen Bahnhofstraße und Auf dem Mühlenbungert sollen senioren- und behindertengerechtes Wohnen, betreutes Wohnen, Wohnformen für an Demenz erkrankte Menschen, Wohngemeinschaften und ein Heim für stationäre Pflege errichtet werden. Inzwischen hat sich mit der „Römerhaus Bauträger GmbH" ein Vorhabenträger gemeldet, der eine Einrichtung für eine stationäre Pflege mit 80 Plätzen bauen möchte. Dies ist aber nur ein Teil des Ganzen. Offen ist noch, wie es mit den weiteren Projekten weitergeht.

Kanalbau in Olsdorf

Vor vier Jahren kam es im Zuge des Kanalbaus im Neubaugebiet „Olsdorfer Kirchweg I" zu teilweise erheblichen Gebäudeschäden bei Anwohnern außerhalb des Baugebiets. Die Wohnqualität ist teilweise bis heute erheblich beeinträchtigt. Wir lassen uns im Betriebsausschuss regelmäßig berichten. Allerdings hören wir dort mehr von Stillstand als von Fortschritt im Interesse der Bürger*innen. Die Betroffenen, die während der Bauphase unter Lärm und Dreck gelitten haben, leiden weiter. Die Situation: Insgesamt hatten 10 Grundstückseigentümer Schäden angemeldet. Aber ein Verursacher der Schäden wird im Betriebsausschuss nicht benannt. Keinem Beteiligten sei eine schuldhafte Verletzung von Regeln und Vorschriften nachzuweisen. Deshalb sind einige Verfahren vor Gericht anhängig, wo es aber offenbar auch keine Fortschritte gibt. Nach Hörensagen geht es um einen Gesamtschaden von rund 300.000 Euro, während im Betriebsausschuss von erheblich geringeren Beträgen die Rede ist. Wir bedauern die Situation, sehen aber derzeit keine Möglichkeit, politisch einzuschreiten.

Landgraben / Mirbachstraße

Eine Entlastung des Landgrabens wird den Bürger*innen seit Jahren versprochen. Das Gleiche gilt für die Mirbachstraße. Dennoch wurden auch mit Errichtung des neuen Baugebiets und Bau der Jakob-Reuter-Straße keine Maßnahmen zur Entlastung des Landgrabens und der Mirbachstraße getroffen – von einem durch die Grünen am 30.10.2014 beantragten Durchfahrtverbot für Lastkraftwagen im Landgraben abgesehen. Die Bürger*innen haben mittlerweile den Eindruck, dass eine Lösung verschleppt wird. Nach ihren Berichten wird nicht kontrolliert, ob das Durchfahrtverbot für LKW (außer Anlieger) eingehalten wird. Der Arbeitskreis Mobilität, der nach Beschluss des Gemeindeentwicklungsausschusses die Gesamtsituation der Verkehrslenkung in Alfter betrachten soll, hat sich des Themas noch nicht angenommen. Ein Zeitplan dafür existiert nicht. Deshalb haben wir den Antrag gestellt, dass die Gemeinde Alfter mit dem Straßenverkehrsamt des Kreises Lösungsalternativen zur Entlastung des Landgrabens und der Mirbachstraße entwickelt. Dabei sollen die Überlegungen zu unechten Einbahnstraßen berücksichtigt werden. Die erarbeiteten Lösungsalternativen sollten – nach unserer Vorstellung – zeitnah in einer Bürgerversammlung vorgestellt und im Ausschuss für Gemeindeentwicklung beraten werden.

Bericht aus dem Rathaus

Öffentliche Bücherei St. Matthäus

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen wurde die Verwaltung beauftragt zu prüfen, ob das Gebäude der Bücherei in Alfter mit einem Personenaufzug ausgestattet werden kann, damit ein barrierefreier Zugang ermöglicht wird. Dagegen gab es zu unserem Erstaunen große Vorbehalte in anderen Fraktionen. Die von den Grünen ebenfalls beantragte weitere energetische Sanierung der öffentlichen Bücherei St. Matthäus kann auf Grund von Fördermitteln der Landesregierung durchgeführt werden. Wir hoffen, dass die engagierten Mitarbeiter und Besucher*innen der Bücherei bald im Winter nicht mehr frieren müssen.

Parkraum im Ortszentrum Alfter

Viele merken es: Parkraum ist knapp. In engen Straßen wird nachts oft verbotswidrig geparkt, so dass Rettungsfahrzeuge im Notfall nicht mehr durchkommen. Deshalb werden immer wieder von verschiedenen Seiten Vorschläge für neue Parkplätze gemacht. Beim Herrenwingert ist es Teil des Umgestaltungsprozesses. „Zur Entlastung des Herrenwingert“ beantragte die CDU, dass verschiedene Flächen zur Parkplatzausweisung untersucht werden. Die Verwaltung ist am Roisdorfer Weg am Entlastungsgraben fündig geworden. Erste Kostenschätzung: 62.000 Euro. Wir halten diese Fläche zur Entlastung des Herrenwingert nicht für geeignet. In der Ratssitzung stellte sich dann heraus, dass die CDU die Entlastung im Gebiet Bahnhofstraße/Klorenrech meinte. Darüber wird noch zu reden sein: Wir haben beantragt, dass das Thema von der Verwaltung noch einmal aufbereitet wird. Keine Bedenken haben wir, wenn am Herrenwingert ein Pflanzbeet, auf dem nichts mehr anwächst, zu zwei Parkplätzen umgestaltet wird. Wir mahnen aber auch an, dass das Thema „Umgestaltung des Herrenwingert“ nicht aus dem Blick gerät.

Rad-Pendler-Route Bornheim – Alfter – Bonn

Sehr zu begrüßen sind die Aktivitäten für eine Fahrradroute von Bornheim über Alfter nach Bonn, die für Radfahrer über rund 8 km ein sehr gutes Angebot schafft. Die geplante Rad-Pendler-Route verläuft parallel zur Stadtbahn-Linie 18 vom Bonner Hauptbahnhof über Alfter bis zum Haltepunkt Bornheim. Ziel ist unter anderem, dass immer mehr Pendler für den Weg zur Arbeit auf das Fahrrad umsteigen. Auf Bornheimer Seite wird die Verlängerung nach Brühl angestrebt. Der neue Weg ist breit genug für den sicheren Begegnungsverkehr von Radfahrer*innen. In der Regel ist auch keine Straßenkreuzung vorgesehen. Insbesondere das beabsichtigte Brückenbauwerk über die K12n war wegen der Kosten bei einer kleineren Fraktion nicht vermittelbar. Wir meinen, dass sich die Radfahrer*innen gegenüber den Autofahrer*innen nicht immer rechtfertigen müssen, wenn mal was für sie und – auch nicht unwichtig – für das Klima getan wird.

Selbstverständlich haben wir mit für die Ermächtigung der Verwaltung gesorgt, weitere Planungsleistungen zu beauftragen.

Spielplatz „Auf der Mierbache“

Es ist bedauerlich, dass die Arbeiten für den Spielplatz auf der zentralen Grünfläche erst nach Genehmigung des Haushalts der Gemeinde in Angriff genommen werden konnten.

Bei allen Bemühungen des derzeitigen Kämmerers, die wir anerkennen, ist festzustellen, dass es in der Vergangenheit erhebliche Mängel bei der Haushaltsführung gab, die sich bis heute auswirken und gute Planungen zunichte machen.

Die Grünen haben den Dringlichkeitsbeschluss für den Spielplatzbau unterstützt.

Tonabbau

Sibelco Deutschland GmbH stellte im Gemeindeentwicklungsausschuss Pläne zur Erweiterung des Gebiets Schenkenbusch in Witterschlick vor. Dort wird seit 1976 Ton gefördert. Jetzt will das Unternehmen den Tonabbau in der Nähe der Schmalen Allee in nördlicher Richtung über den Lüsbacher Weg um rund 18 Hektar hinaus erweitern.

Viele Interessierte und Betroffene sind in den Ratssaal gekommen. Leider konnten sie in diesem Rahmen keine Fragen stellen. Abgesehen davon, dass die Präsentation über eineinhalb Stunden zäh über die Bühne schlich, ließ Sibelco am Ende die Katze aus dem Sack: Der Tonabbau soll bis zu 100 Meter an die Grundstückgrenze der Anwohner reichen. Die Grünen bekräftigten ihre Ablehnung. Auch die Ausschussmitglieder waren sich einig. Sie hatten bereits im Jahr 2010 einen Forderungskatalog zum Schutz von Bürger*innen und Natur aufgestellt und wollen an Kernforderungen, insbesondere am Mindestabstand von 300 Metern zur Wohnbebauung festhalten. Zuständig für das Verfahren ist aber die Bezirksregierung Arnsberg als Bergbaubehörde. Leider hat die Gemeinde Alfter faktisch keine formalen Einflussmöglichkeiten.

VFL Alfter: Erweiterungsfläche für den Sportplatz

Gute Leistungen der Nationalmannschaft und des VfL Alfter: Da wollen auch viele Kinder und Jugendliche Fußball spielen. Aber die Trainingsmöglichkeiten reichen nicht aus. Deshalb plant der VfL eine Erweiterung der Trainingsfläche. Die Gesamtkosten dürften bei rund 105.000 Euro liegen. Die Fläche liegt im Landschaftsschutzgebiet und der Flächennutzungsplan müsste geändert werden. „Trotz des großen Drucks auf den Landschaftsschutz“ begrüßte auch Wilhelm Windhuis für die Grünen das Projekt. Jetzt geht es auch darum, dass der Verein sich an den Kosten beteiligt. Eine Spendenaktion wird sicher erfolgreich sein, weil der Verein eine hervorragende integrative Arbeit leistet.

Zisternen

Es gibt immer mehr Grundstückseigentümer, die Zisternen zur Gartenbewässerung einbauen, für diese gute Sache aber keine Gebührenreduzierung erhalten. Die Grünen drängen daher darauf, dass kurzfristig die „Beitrags- und Gebührensatzung zur Entwässerungssatzung der Gemeinde Alfter“ unter den Aspekten „unnötiger Verbrauch von Trinkwasser und Verstärkung des Hochwasserschutzes bei Starkregen“ so überarbeitet wird, dass der Einbau von Zisternen, die bestimmten Standards entsprechen, zu einer Reduzierung von Entgelten führt. Denn es liegt ein allgemeiner Nutzen vor, wenn möglichst viele Zisternen eingebaut werden. Die Gartenbewässerung mit Niederschlagswasser, das in einer Zisterne gesammelt wird, vermindert die Notwendigkeit, Grundwasser zu fördern, das teuer zu Trinkwasser aufbereitet wird. Bei Starkregenfällen dient eine Zisterne auch als Rückhaltebecken für Oberflächenwasser, das nicht ablaufen kann.

Zuflucht Suchende

Die Zahl der Zuflucht Suchenden ist von 359 im November 2015 auf rund 230 im November 2016 gesunken. Der Verwaltung ist es gelungen, die Menschen dezentral unterzubringen. Das ehrenamtliche Engagement ist ungebrochen. Deshalb haben die GRÜNEN im Rahmen ihres Neujahrsempfangs 2016 den Asylkompass Alfter mit einer Geldspende von 300 Euro unterstützt. Die „Notunterkunft“ im Alfterer Schloss wurde zunächst von der Gemeinde Alfter zusammen mit dem DRK Bonn geführt. Seit dem 01.02.2016 ist die Bezirksregierung Köln für den laufenden Betrieb verantwortlich. Wegen der erheblich zurückgegangenen Flüchtlingszahlen wird die Notunterkunft im Schloss aufgegeben.

Robert de la Haye
Mechtild Wallraff-Kaiser
Wilhelm Windhuis

Ticketlos im Nahverkehr: Auch eine soziale Frage

In der ARD läuft eine Dokumentation über Altersarmut. Eine alte Dame sitzt in der Straßenbahn in Köln. Sie sagt: „Heute ist ein schöner Tag. Ich fahre an`s Ende der Stadt, einen Freund besuchen. Das kann ich mir aber nur einmal im Monat leisten.“ Dieses Beispiel zeigt, wie wichtig es für Menschen mit wenig Einkommen ist, günstig mit Bus und Bahn zu fahren. Es darf keine Frage des Geldes sein, weiter entfernt liegende soziale Kontakte pflegen zu können oder an kulturellen, sportlichen oder anderen gesellschaftlichen Veranstaltungen teilzunehmen. Vielmehr soll gelten: Alle in NRW können „fahrscheinlos“ und preisgünstig landesweit im Nahverkehr unterwegs sein.

Vielleicht erinnern Sie sich, dass ich in dieser Zeitung vor vier Jahren bereits das „Fahrscheinlose Fahren“ im öffentlichen Nahverkehr und seine Finanzierung thematisiert habe. Was ist daraus geworden?

Inzwischen hat das Thema mit Anträgen der Grünen Alfter und der Grünen Jugend Eingang in das Landtagswahlprogramm der Grünen NRW gefunden. Wir haben in der Vergangenheit für eine solidarische Finanzierung des öffentlichen Nahverkehrs geworben: Nicht nur um das Ziel „fahrscheinloses Fahren“ zu erreichen, sondern auch um den teilweise nicht mehr leistungsfähigen öffentlichen Nahverkehr auszubauen und zu modernisieren. So wollen die Grünen etwa, dass mindestens eine stündliche Verbindung zu allen Quartieren und Gemeinden mit über 4000 Einwohnern hergestellt wird. Auch wenn das Parteiprogramm keine konkreten Zahlen nennt, haben wir berechnet, dass man z. B. mit einem Beitrag von höchstens 20 Euro im Monat, der jeweils von allen Einwohner*innen über 18 Jahren erhoben würde, diese Ziele erreichen kann. Hinzu kämen z. B. auch moderate Beiträge von Unternehmen, weil sie von der besseren Mobilität der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und der Kunden profitieren. Eine solche Finanzierung wäre familienfreundlich, weil alle Kinder und Jugendliche kostenlos fahren. Komplizierte, anwenderunfreundliche Tarifsysteme gibt es nicht mehr. Die Arbeitsaufnahme von bisher Arbeitslosen wird erleichtert. Geringverdiener werden von hohen Fahrtkosten entlastet. Durch den Umstieg von Autofahrern auf Busse und Bahnen (geschätzte Steigerung 30 Prozent) werden auch Staus kleiner. Die Lebensqualität in unseren Städten wird verbessert, die Ausweisung von Radwegen wird erleichtert. Polizei und Justiz werden entlastet, weil „Schwarzfahren“ in NRW nicht mehr verfolgt wird.

Wir wissen, dass viele Pendler bereits heute auf überlasteten Strecken im öffentlichen Nahverkehr unterwegs sind. Über Nacht wird es auch keine Verbesserung geben können, wenn Fahrzeuge angeschafft werden müssen, Personal eingestellt und die Umstellung der Finanzierung geregelt werden müssen. Wir wissen auch, dass dazu die Zustimmung auch nur begrenzt ist. Aber Wilhelm Windhuis, unser Landtagskandidat hat jedenfalls keine Zweifel: „Wir GRÜNE haben dafür gesorgt, dass alle Atomkraftwerke in Deutschland bald abgeschaltet sind. Da werden wir es ja wohl schaffen, das Klima- und Sozialprojekt „Fahrscheinloser Nahverkehr“ auf die Schiene zu setzen!“

Robert de la Haye

© Pressemeldung Regionalverkehr Köln GmbH – 14.06.16 – Gedichte im Bus – Kooperation von Alanus Hochschule und RVK sorgt für poetische Fahrten

Mehr Bürgerbeteiligung – ein Mittel gegen Populismus?

Das Votum der Briten zum Austritt aus der EU hat viele Befürworter der Volksentscheide nachdenklich gestimmt. Wir haben doch alle bis zuletzt geglaubt, die Vernunft setze sich am Ende durch. Doch es kam anders. Damit sind die Bedenken gegen solche Abstimmungen gewachsen.

Zwei Dinge kamen zusammen:

Der Entscheidungsgegenstand war extrem komplex. Nicht einmal Fachleute konnten und können die Konsequenzen eines Brexit umfänglich abschätzen.

Die aktive Meinungsabfrage wurde nicht genutzt für eine Entscheidung in der Sache, sondern für eine Generalabrechnung mit der politischen Elite.

Jetzt konnten diejenigen, die sich ohnehin von der Politik abgehängt fühlten, ihre Stimme den Protagonisten einfacher Lösungen geben – mit bekanntem Ergebnis.

Die einfache Schlussfolgerung daraus: Es gibt Themen, die auf Grund ihrer Komplexität für einen Bürgerentscheid nicht in Frage kommen. Gilt das auch für die kommunale Ebene – für die lokale Demokratie?

Hier sind mindestens zwei Dinge grundsätzlich anders:

1. Der Entscheidungsgegenstand ist den allermeisten Bürger*innen bekannt, er liegt sozusagen vor ihrer Haustür.
2. Es besteht damit eine wesentlich direktere Betroffenheit.

Damit ist es eher unwahrscheinlich, dass sie ihre Entscheidung für eine Abrechnung nutzen. Denn die Bürger*innen wollen ja gerade mit ihrem Votum auf eine für sie vorteilhafte Entwicklung hinwirken.

Hier kommt eher ein anderes Risiko ins Spiel: Partikularinteressen können übergeordnete Interessen konterkarieren. Beispiel: „Kein Bolzplatz in meiner Nähe“ gegen „Die Gemeinde braucht einen Bolzplatz für Kinder und Jugendliche“.

Aus alledem wird deutlich, dass Interessens abfragen – so wünschenswert sie per se sind – davor und danach eine Einordnung in größere Zusammenhänge brauchen, um einen wirklichen Nutzen zu entfalten. Das ist Aufgabe der gewählten politischen Interessensvertreter*innen. Diese Aufgabendelegation ist ein Wesensmerkmal der im Grundgesetz begründeten repräsentativen Demokratie.

Wir Grüne setzen uns grundsätzlich für mehr Bürgerbeteiligung ein. Wir wollen diese Instrumente auch stärker ausbauen vor dem Hintergrund der vielfältigen Erfahrungen, die es mittlerweile in anderen Kommunen gibt.

Damit alleine lassen sich populistische Tendenzen sicher nicht bekämpfen. Es bedeutet aber in jedem Fall eine Stärkung demokratischer Prinzipien. Gerade auf kommunaler Ebene stehen die Chancen sehr gut, dass die Bürger*innen solche Angebote aufgreifen und so mit Ihrem Engagement ein klares Zeichen gegen die vereinfachenden Parolen populistischer Rattenfänger setzen, allein schon, weil sie in der Geschichte noch nie zu einem guten Ende geführt haben.

Hermann Huckert

Kleinbuslinie 882 ein voller Erfolg!

20-Minuten Takt und bessere Verknüpfungen mit der Bahn erforderlich

Die Kleinbuslinien in Alfter werden von den Fahrgästen sehr gut angenommen. Insbesondere die Kleinbuslinie 882 ist mit 600 Fahrgästen pro Tag ein voller Erfolg. Die Zahl der Einsteiger in den Alfterer Hanglagen stieg damit von ca. 10 auf ca. 500 am Tag!

Die Linie 882 stößt jedoch mittlerweile insbesondere in der morgendlichen Hauptverkehrszeit an ihre Kapazitätsgrenze. Darüber hinaus ist davon auszugehen, dass die Fahrgastzahlen in den Wintermonaten weiter steigen, nachdem die Linie nunmehr ihre Einführungsphase hinter sich hat.

Daher wird es unumgänglich sein, spätestens zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017 die Kapazität der Linie zu erhöhen.

In einem gemeinsamen Antrag mit Oliver Kraus (CDU) fordern wir eine Erhöhung der Fahrtenzahl auf drei Fahrten pro Stunde und Richtung.

Die Linie könnte dann im 20 Minuten Takt verkehren, was eine bessere Abstimmung mit den Fahrplänen der Stadtbahnlinie 18 in Alfter und den Zügen des Nahverkehrs in Roisdorf möglich machen würde. Es könnten bis zu 25 Fahrgäste pro Stunde und Richtung mehr befördert werden. Durch den Einsatz eines weiteren Fahrzeuges ergibt sich zudem die Möglichkeit, die Linie weiter zu verlängern, um weitere Fahrgäste in den Höhenlagen zu gewinnen. Darüber hinaus soll eine weitere Haltestelle im Bereich Landgraben / Mirbachstraße eingerichtet werden. Mit diesen Maßnahmen erfährt die Linie 882 einen erheblichen Attraktivitätsgewinn.

Natürlich könnte man alternativ auch einfach größere Kleinbusse anschaffen und einsetzen. Auf diese Weise könnten bis zu 20 Fahrgäste pro Stunde und Richtung zusätzlich befördert werden. Es ist jedoch sehr zweifelhaft, ob das dann ca. ein Meter längere Fahrzeug sich durch die engen Gassen den Erfordernissen entsprechend bewegen lässt.

Einzelne Passagen sind zudem abhängig von der Verkehrssituation (Gegenverkehr, Parken) schon für die aktuelle Fahrzeuggröße recht eng. Bei einem längeren Fahrzeug würde sich diese Problematik verstärken. Außerdem hätte die Linie durch diese Maßnahme keinen weiteren Attraktivitätsgewinn.

Ursprünglich war auch einmal daran gedacht, die Kleinbuslinien 680 und 882 zu einer Linie zusammenzulegen. Diese Linie müsste aber dann an drei Verknüpfungspunkten vertaktet werden: Duisdorf Bahnhof mit S 23, Alfter Stadtbahn mit 18 und 68, Roisdorf Bahnhof mit MRB 26 und RB 48. Daher ist es zunächst besser, es bei der Trennung der Linien zu belassen, damit die Fahrzeiten besser an die der Bahnen angepasst werden können.

Zuständig für die Gestaltung des Nahverkehrs ist der Rhein-Sieg-Kreis als Aufgabenträger. Spätestens zum Fahrplanwechsel Dezember 2017 müsste der Nahverkehrsplan des Kreises angepasst werden.

Michael Schroerlücke

Regionale Wohnraumbedarfsanalyse

Es gibt seit dem 04.11.2016 eine empirica-Studie „Regionale Wohnraumbedarfsanalyse für den Rhein-Sieg-Kreis“. Diese soll die jüngsten Wohnungsmarktentwicklungen der Region transparent machen. In Modellrechnungen wollen die Autoren einen realistischen Entwicklungspfad für die Wohnungsmarktentwicklungen bis 2030 aufzeigen. Ob dies gelungen ist, müssen wir in der Politik noch diskutieren.

Der Rhein-Sieg-Kreis ist attraktiv und zieht viele Menschen an. Hinzu kommen wachsende Überschwappeffekte aus Bonn und Köln. Zuziehende Menschen sind meist jünger als 40 Jahre. Ihr Zuzug trägt damit zur Ausgewogenheit der Altersstruktur des Rhein-Sieg-Kreises bei.

Das Ausmaß der zukünftigen Wanderungen ist unsicher. Die Modellrechnungen zeigen eine mögliche Bandbreite. Aber selbst bei rückläufiger Einwohnerzahl (unteres Ende der Bandbreite) reicht der heutige Wohnungsbestand laut Studie nicht aus, um die zu erwartende Wohnungsnachfrage zu bedienen. Im Trendszenario werden zusätzlich +20.000 Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern (EZFH) und +10.000 Geschosswohnungen bis 2030 benötigt.

Laut Studie besteht der stärkste Neubaubedarf in den nächsten fünf Jahren. Weiter heißt es, ohne Neubau nimmt die Wohnungsknappheit im Rhein-Sieg-Kreis zu, so dass die Mieten und Kaufpreise weiter steigen werden.

Hochwertige, mittelgroße, barrierefreie Eigentumswohnungen mit Serviceangeboten in Wohnortnähe könnten eine Alternative sein. Das führt sowohl in den Bestandsquartieren als auch in den Neubauprojekten zu einer gleichmäßigeren Altersmischung. Nicht zuletzt wäre es flächensparend: Der Neubau einer kleineren Wohnung schafft Wohnraum für Familien in dem freiwerdendem Haus.

In welchem Umfang Kommunen – einzeln oder gemeinsam – tatsächlich mehr Wohnungsbau anstreben, ist eine politische Frage. Mit dieser werden wir uns in Kürze auseinandersetzen müssen.

Wilhelm Windhuis

Unser Direktkandidat für die Bundestagswahlen am 17. oder 24. September 2017

Martin Metz
aus St. Augustin kandidiert für den Wahlkreis 98 (linksrheinische Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises mit Königswinter, Bad Honnef und St. Augustin)

Unser Direktkandidat für die Landtagswahlen am 14. Mai 2017

Wilhelm Windhuis
kandidiert für den Wahlkreis 27 (linksrheinische Kommunen des Rhein-Sieg-Kreises)

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

Impressum:

HerausgeberIn:

BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN,
Ortsverband Alfter
www.gruene-alfter.de

Redaktion: Robert de la Haye
Hermann Huckert
Michael Schroerlücke
Mechtild Wallraff-Kaiser
Wilhelm Windhuis

V.i.S.d.P.: Wilhelm Windhuis
Buschhovener Straße 35 b
53347 Alfter

Redaktionsschluss: 5. Dezember 2016

Satz, Druck: FuW Litterscheid GbR
Von-Weichs-Str. 23
53121 Bonn

Auflage: 11.000 Exemplare